

Der Griechenland-Coup

Ackermann, Schäuble und die Bürgen des Staates

Es ist wahrlich kein neues Phänomen und schon gar kein seltenes: Ein kritisches Recherche-Magazin bringt ein Thema auf den Punkt und, egal wie skandalös das Ermittelte ist, fahren die Nachrichtensendungen unberührt davon mit ihrer unkritischen Berichterstattung fort. So auch in Bezug auf den Skandal um die sog. Griechenlandhilfe. Diese scheint nämlich vor allem eine Hilfe für die Finanzindustrie, allen voran die Deutsche Bank, zu sein. Bereits am Freitag Abend war in den ARD-Nachrichtensendungen nichts mehr von den Erkenntnissen der Reportage vom Donnerstag Abend zu hören.

Wie das Magazin Monitor dargelegt hatte, stammt die Vorlage für das, was Angela Merkel und Nicolas Sarkozy gestern vereinbarten, um Griechenland vor dem Bankrott zu „retten“, aus dem Hause Ackermann – der Deutschen Bank. Der Clou liegt darin, dass man bei aller Rhetorik um eine „freiwillige“ Beteiligung privater Investoren, dennoch staatlicherseits das Hilfspaket garantiert. Aber nicht nur das Risiko liegt somit auf der Seite der Steuerzahler, die Hinauszögerung der Staatsinsolvenz ermöglicht es den privaten Banken vor dem großen Verlustgeschäft auszusteigen und ihre Derivate zu verkaufen.

Teilweise lassen sich so die hohen Renditen der Deutschen Bank erklären, die ein Hauptprofiteur des „Rettungspakets“ ist. Während also in etlichen Medien die Griechen beschimpft, der Euro verdammt und die Folgen der Solidarität in den Abstieg befürchtet werden... - während Politiker andeutungsreich von griechischen Abzockern und zu gutmütigen fleißigen Deutschen schwadronieren, verlaufen die Grenzen gar nicht zwischen den europäischen Ländern, sondern zwischen der Finanzindustrie und denjenigen, die ehrlich arbeiten.

Das geschürte Konkurrenzdenken, das medial immer leicht Verbreitung findet, ist aber geeignet zu verhindern, dass die Machtlosen solidarisch zueinander stehen und sich gemeinsam wehren. Die Bildzeitung ist schon länger nicht mehr führend dabei, auf die eher Wehrlosen einzudreschen. Sarrazin, Westerwelle & Co. auch nicht. Auffällig seit der angeblichen Überwindung der Wirtschaftskrise ist dabei nur die Einhelligkeit. Während man an Einzelfällen von Hartz IV-Beziehern die Belastung für den Steuerzahler festzumachen versucht, wird im großen Stil weiter gezockt, im Finanzsektor aberwitzige Provisionen ausbezahlt und kostspielige Kriege finanziert. Um im Sinne des grenzenlosen Großkapitalismus weiter ungezügelt tätig sein zu können, werden die Schwächsten der Gesellschaft als Problem markiert.

Die wenigen Missbrauchsversuche bei Hartz IV, die sog. „Pleite-Griechen“ der Bildzeitung, die angeblichen „Integrationsverweigerer“ und sonstige, die durchs weitmaschiger gewordene soziale Netz einer sich entsolidarisierenden Gesellschaft fallen, sind nicht der Grund für den wirtschaftlichen Niedergang. Sie sind ja nicht „systemrelevant“. Sie dienen aber der Ablenkung vom Niedergang der Demokratie.

Während nämlich immer offensichtlicher wird, wie die Politik zum Spielball der Wirtschaft geworden ist, werden die Bürger stetig in reine Bürgen umgewandelt. Diese Bürgen des Staates haben die Lasten zu tragen, für die andere Entscheider verantwortlich sind. Während also besonders viel von Freiheit die Rede ist, gibt es eine echte Entscheidungsfreiheit faktisch gar nicht mehr. Und auch die Rhetorik der „Bürgerbeteiligung“ im Munde unserer Kanzlerin kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass man Bürgen keine Entscheidungsgewalt einräumen wird, wenn es um den Zugriff auf die eigenen Ressourcen geht. Und die Massenmedien?

Vielleicht sollte man den Fernseher immer öfter ausschalten und nach der Lektüre der Nachdenkseiten im Internet zum Buch von Sahra Wagenknecht greifen – mit dem Titel: Freiheit statt Kapitalismus. Da scheint was dran zu sein!